

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:00 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Heino Ammersken

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder:

SPD

Ratsherr Walter Davids

Ratsfrau Helga Grix

Ratsfrau Elfriede Meyer

Bürgermeister Lina Meyer

Ratsherr Kai-Uwe Schulze

(bis 18.35 Uhr)

CDU

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

für Ratsherr Kurt Hannappel

(bis 18.45 Uhr)

Bürgermeisterin Andrea Risius

für Ratsherrn Herbert Buisker

FDP

Ratsherr Heino Ammersken

Ratsherr Rolf Bolinius

Ratsherr Meinhard Meißner

für Ratsherrn Dr. Kurt-Dieter Beisser

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Grix

Frau Elsa Hartwig

Herr Klaas Hayenga

Frau Soghra Janssen

von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz

Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel

Stadtamtfrau Elisabeth Szag, FD Besondere Hilfen

Fachdienstleiter Dr. Ubbo Decker, FD Gesundheit

Stadtoberinspektorin Kerstin Snakker, FD Gesundheit

Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

Herr Dieter Dilling, Seniorenbeirat

Frau Sieglinde Kaune, Seniorenbeirat

Frau Doris Held, DROBS

Herr Erich Greve, Fachstelle für Sucht und Suchtprävention der Ev. luth. Kirche

1 ZuhörerIn

2 VertreterInnen der örtlichen Presse

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken schlägt vor, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass der Tagesordnungspunkt 8 vorgezogen und hinter Punkt 6 angeschlossen werde, um die beiden Tagesordnungspunkte, die sich mit dem Seniorenbeirat beschäftigen, zusammenzufassen.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 16), des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 35) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 17) am 22.06.2004

Beschluss: Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 16), des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 35) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 17) am 22.06.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 6 Vorlage 14/1368-00
Satzungsänderung der Satzung vom 10.06.1993 über die Bildung eines Seniorenbeirates in der Stadt Emden aufgrund § 6 NGO

Frau Szag erläutert, der Rat habe im Jahre 1993 die Satzung des Seniorenbeirates beschlossen. Dort sei auch die Bezeichnung „Seniorenbeirat in der Stadt Emden“ festgelegt worden. Nunmehr bitte der Seniorenbeirat um eine Namensänderung, um die Zugehörigkeit zur Stadt Emden deutlich zu machen.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Beschluss: Die Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates in der Stadt Emden vom 10.06.1993 ist dahingehend zu ändern, dass der Seniorenbeirat in der Stadt Emden nunmehr die Bezeichnung „Seniorenbeirat der Stadt Emden“ führt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 7 Vorlage 14/1363-00
Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe Sozialgesetzbuch
Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende -

Herr Lutz trägt vor, es sei bekannt, dass es zum 01.01.2005 das Bundessozialhilfegesetz nicht mehr geben werde. Die Grundsicherung der jetzigen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger obliegt dann der Agentur für Arbeit. Ein anderer Bereich seien die Kosten der Unterkunft, die von den Kommunen zu tragen seien.

Der Bund habe nunmehr die Kommunen und die Arbeitsverwaltung aufgefordert, sich zusammenzutun. Die Stadt Emden habe sich mit der Agentur für Arbeit geeinigt, eine sogenannte Gründungsvereinbarung zu schließen und eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen. Für diesen ersten Entwurf bestehe aber noch Diskussionsbedarf.

Herr Lutz geht davon aus, dass die Verwaltung zur Ratssitzung im Dezember ein Papier vorlegen könne.

Frau Tempel erläutert den Stand der praktischen Umsetzungen. So seien die Mitarbeiter in den letzten Monaten einer massiven Mehrarbeit ausgesetzt, seit mit der Verschickung der Anträge begonnen wurde. Von insgesamt 1.400 Anträgen seien mittlerweile 437 vollständig zurückgekommen, weitere ca. 347 müssten noch überarbeitet werden, so dass immerhin noch über 600 Anträge fehlten. Da die Stadt Emden ab dem 31.12.2004 die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz einstellen müsse und die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II antragsabhängig seien, würden die betroffenen Personen erneut angeschrieben. Hilfeempfänger, die einen Antrag nicht rechtzeitig einreichten, würden zum 01.01.2005 keine Leistungen erhalten. Sie bittet die Presse, auf diesen Sachverhalt nochmals besonders hinzuweisen.

Sie führt weiter aus, die Software der Bundesanstalt sei am vergangenen Wochenende zur Verfügung gestellt worden. Sobald die Installationsarbeiten abgeschlossen seien, könne mit der Datenerfassung begonnen werden. Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in den letzten Wochen verstärkt mit Publikumsverkehr auseinandersetzten, zusätzlich noch Beratungsgespräche führten sowie sich fachlich und auch edv-mäßig weiterbildeten, wäre eine solche Umstellung nicht möglich gewesen. Sie bittet darum, in der Bevölkerung um Verständnis zu werben, falls der eine oder andere seine Leistung nicht rechtzeitig erhalten sollte.

Frau Elfriede Meyer fragt an, ob in Zukunft zu viel Personal vorhanden sei. Außerdem erkundigt sie sich, ob die Widerspruchsgremien weiter bestehen bleiben würden.

Frau Tempel erklärt, bezüglich der Widerspruchsgremien habe sie eine Vorlage für den Verwaltungsausschuss gefertigt. Es gäbe zukünftig zwei Wege. Das Bundessozialgesetz werde durch das Sozialgesetzbuch XII ersetzt. Dort sei geregelt, dass vor Bekanntgabe des

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Widerspruchsbescheides sozialerfahrende Personen über den Widerspruch beraten sollten. In der Vorlage habe man nunmehr den Vorschlag unterbreitet, auch nach dem Sozialgesetzbuch XII das Beratungsgremium in der bisherigen Zusammensetzung bestehen zu lassen, weil sich diese Arbeit bewährt habe. Beim Sozialgesetzbuch II sei es so, dass der Verwaltungsausschuss über Angelegenheiten, die Sache der Kommunen seien wie z. B. einmalige Beihilfen und Kosten der Unterbringung, zu entscheiden habe. Die Beratung sozialerfahrender Personen sei hier nicht vorgesehen. Der Verwaltungsausschuss könne diese Angelegenheiten auf den Oberbürgermeister übertragen, der dann weiter delegiere, so dass Fachleute in der Arbeitsgemeinschaft über diese Widersprüche entscheiden könnten.

Bezüglich der Stellenüberhänge berichtet Frau Tempel, dass für die Arbeitsgemeinschaft Emden über das Personal hinaus, welches von der Stadt Emden gestellt werde, auch noch seitens der Agentur zusätzliches Personal erforderlich sei, so dass man im Januar noch nicht den Sollbestand an Personal haben werde.

Herr Greve macht darauf aufmerksam, dass die Volkshochschule kostenlose Hilfe bei der Antragstellung anbiete.

Herr Lutz bezieht sich noch einmal auf das Widerspruchsverfahren und teilt mit, dass es bei der Bundesanstalt in den Regionaldirektionen auch Rechtsabteilungen gäbe, die den juristischen Teil der Widerspruchsverfahren gerne mitbearbeiten würden. Daher müsse noch darüber diskutiert werden, wie in Zukunft die Widerspruchsstellung und Bearbeitung von Angelegenheiten nach dem SGB geregelt werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14/1367-00
- Bericht des Seniorenbeirates

Herr Dilling erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren in der Stadt Emden und stellt die Aufgaben des Seniorenbeirates dar.

Anschließend geht er insbesondere auf die Altersstruktur und die Kosten für die Pflege in den einzelnen Pflegestufen ein. Ferner erläutert er die von den Altenpflegeheimen angedachten neuen Wohnformen.

Herr Dilling berichtet weiterhin aus der Arbeit des Seniorenbeirates und weist auf einen neuen Ratgeber für Patienten vor Krankenhausentlassungen hin, der mit Hilfe des Vertreters eines ambulanten Emders Pflegedienstes bereits verteilt worden sei.

Er geht auf die Jahresplanung des Seniorenbeirates ein und nennt hier besonders die jährlich stattfindenden beiden Delegiertenversammlungen mit Vertretern der 54 Vereine und Verbände, die auch dazu beitragen, die Seniorenarbeit in Emden so effektiv wie möglich zu gestalten.

Herr Ammersken bedankt sich bei Herrn Dilling und bittet um Wortmeldungen.

Herr H.W. Janßen bittet um Auskunft, wie sich die Altersstruktur in den nächsten Jahren entwickeln werde.

Herr Dilling entgegnet, im Jahre 2030 würden über 35.000 Senioren in Emden leben.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Frau Lina Meyer erkundigt sich, ob die Altenpflegeheime nicht mehr ausgelastet seien, da über Wohnungen und Wohngemeinschaften nachgedacht werde. Weiter erkundigt sie sich, ob alle Investitionen auf die Heimbewohner umgelegt würden.

Herr Dilling erwidert, einige Pflegeheime seien tatsächlich nicht ausgelastet und dächten darüber nach, Altenwohngemeinschaften einzurichten. Durch die Umlage im Investitionskostenbereich würden viele Selbstzahler in den Bereich der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt hineinfallen.

Herr H.W. Janßen fragt an, ob bereits ein Notrufssystem vorhanden sei oder ob dieses neu installiert werden müsse.

Herr Dilling entgegnet, ein Notrufsystem bestehe bereits und werde von den ambulanten Pflegediensten vermittelt.

Herr H.W. Janßen spricht nochmals die dringend notwendigen Toiletten auf dem Friedhof Tholenswehr an.

Herr Dilling führt aus, Herr Erster Stadtrat Röttgers habe angekündigt, dass sich bis zum Ende des Jahres eine Lösung abzeichne. Zum anderen stehe die Genehmigung des Krematoriums noch aus. Danach wäre auch die Gestaltung der Parkplätze für den hinteren Friedhofsbereich einfacher.

Herr Dilling spricht ebenfalls die Parkmöglichkeiten vor dem Hans-Susemihl-Krankenhaus an. Er erhoffe sich aber von dem geplanten Bau des Ärztehauses eine Entlastung der Parkplätze des Hans-Susemihl-Krankenhauses.

Frau Kaune fordert alle Fraktionen auf, sich für den Bau der Toilettenanlagen zu engagieren. Außerdem drängt sie auf die Anschaffung von Rollstühlen für die Trauerkapelle, da bei Trauerfeiern der weite Weg zu den Gräbern vielen älteren Menschen nicht zuzumuten sei.

Frau Schmidt stellt die Frage, inwieweit die Senioren in Emden über ihre Möglichkeiten informiert seien und wie viele Personen sich pro Jahr hilfesuchend an den Seniorenbeirat wenden würden.

Herr Dilling führt aus, in den örtlichen Tageszeitungen würden die Zeiten der Sprechstunde veröffentlicht. Auch gehe der Seniorenbeirat in die Heime, um dort mit den Senioren und Seniorinnen und der Heim- und Pflegedienstleitung zu sprechen. Auch sei man auf der Website der Stadt Emden vertreten. Trotzdem sei im letzten Jahr die Sprechstunde nur von 12 bis 14 Personen für Beratungsgespräche genutzt worden.

Frau Kaune stimmt Herrn Dilling zu. Sie plädiere jedoch dafür, aufgrund der geringen Auslastung nur noch einmal monatlich eine Sprechstunde durchzuführen. Ferner appelliert sie an die Fraktionen und Vereine, den Seniorenbeirat anzufordern, um etwas über seine Arbeit zu erfahren.

Frau Elfriede Meyer fragt an, warum der Seniorenbeirat nicht zu den alten Menschen und in die Vereine gehe. So könne er sich weiter bekannt machen und die Berührungsgängste vieler älterer Leute nehmen.

Herr Dilling erklärt, es seien bereits zwei Seniorenbefragungen gemeinsam mit den Abschlussklassen aller in Emden vertretenden Schulen durchgeführt worden. Diese Aktion sei auch von der Presse begleitet worden. Jedoch sei die Resonanz auf die Bekanntgabe der Ergebnisse nicht besonders gut gewesen. Auch in diesem Jahr habe man eine

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Befragung geplant, diese sei jedoch an der Umsetzung der Schulstruktur gescheitert, da die Lehrkräfte das Projekt abgelehnt hätten.

Herr H.W. Janßen spricht das Angebot der „Leihgroßeltern“ an und fragt, ob der Seniorenbeirat in Emden so eine Aktion plane.

Herr Dilling erwidert, dieses werde an der ehrenamtlichen Arbeit scheitern.

Daraufhin lädt **Herr H.W. Janßen** Herrn Dilling zu einer Fraktionssitzung ein.

Herr Ammersken bedankt sich bei Herrn Dilling und Frau Kaune für den Bericht und die Beantwortung der Fragen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 Vorlage 14/1369-00
Vorstellung des Abschlussberichts der Koordinationsgruppe Sucht und künftige Förderverfahren 2005

Frau Kerstin Snakker stellt sich zunächst vor. Anschließend erläutert sie anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich den Abschlussbericht der Koordinationsgruppe Sucht, an dem auch Frau Eva-Doris Held von der DROBS in Emden und Herr Erich Greve von der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention der ev. luth. Kirche mitgearbeitet haben.

Der Bericht ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Decker ergänzt, wenn es zu einer Leistungsvereinbarung über konkrete Inhalte kommen werde, sei dieses schon ein großer Schritt in Richtung Zusammenarbeit. Ferner müsse überlegt werden, ob das Thema Suchtproblematik in Emden aufbereitet und analysiert werden sollte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 10 Vorlage 14/1365-00
- Anfrage der SPD-Fraktion zum Wegfall des Landesblindengeldes ab 01.01.2005 vom 22.09.2004

Herr Davids erklärt, diese Anfrage sei von seiner Fraktion gestellt worden, da durch den Wegfall des Landesblindengeldes ggf. Sozialhilfe gezahlt werden müsse und somit der Haushalt der Stadt Emden belastet werde. Er bittet die Verwaltung jedoch darum, zu Punkt 2 auch die Zahlen vorzulegen. Nach seiner Information sei dieses in den Landkreisen Aurich und Leer möglich gewesen.

Anmerkung der Protokollführung:

Eine Anfrage bei den Landkreisen Leer und Aurich ergab, dass keine derartigen Zahlen vom Sozialamt des Landkreises Aurich ermittelt worden seien. Der Landkreis Leer habe die Zahlen sehr grob geschätzt und verfüge ebenfalls nicht über valide Daten. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass aufgrund der bisherigen Gesetzeslage die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Landesblindengeldbezieher nicht annähernd bekannt sind und verlässliche Daten daher nicht vorliegen.

Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Rein hypothetisch angenommen, dass eventuell alle 87 bisherigen Landesblindengeldbezieher einen Antrag nach dem SGB XII auf Blindenhilfe stellen würden, würde sich folgende Berechnung ergeben: Die Stadt Emden als örtlich zuständiger Sozialhilfeträger ist nur für die über 60-jährigen Personen zuständig; dieses wären ca. 65 Personen (75 % der Leistungsempfänger). Sollten diese über 60-jährigen Personen alle wie bisher Blindenhilfe statt Landesblindengeld in Anspruch nehmen, kämen insgesamt 300.000 Euro an Ausgaben auf die Stadtverwaltung zu (dies entspricht 75 % der derzeitigen jährlichen Ausgaben).

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 11 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

Punkt : 12 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegt kein Sachstandsbericht vor.

Punkt : 13 Anfragen

Herr Grix bezieht sich auf die vor einiger Zeit in diesem Ausschuss vorgestellte Untersuchung der Mitarbeiterinnen der Arbeiterwohlfahrt zum Thema „Migration“. Er erkundigt sich nunmehr bei den Fraktionen nach der weiteren Vorgehensweise.